

Vor der Bundestagswahl

Gesundheitspolitik im Fokus der Grünen und der FDP

Der Ausgang der Bundestagswahl 2009 ist entscheidend für die weitere Gestaltung des Gesundheitswesens in Deutschland. Damit sich die bayerischen Zahnärzte ein Bild über die gesundheitspolitischen Grundsätze der Parteien machen können, hat die Bayerische Landeszahnärztekammer Vertreter von CSU, SPD, FDP und Grünen zum Inter-

view gebeten. Alle Vertreter beantworten die gleichen drei Fragen zu den Problemen, ihren jeweiligen Lösungsansätzen und den Perspektiven im deutschen Gesundheitswesen*. In diesem BZB äußern sich Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zur Gesundheitspolitik ihrer Parteien.



Frage 1: Worin sehen Sie die Hauptprobleme des deutschen Gesundheitswesens?

Claudia Roth: Der wichtigste Financier des deutschen Gesundheitswesens ist die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Deren Finanzierung ist aber weder nachhaltig noch gerecht. Beiträge werden nur auf Löhne und Lohnersatzleistungen erhoben. Vermögens- und Gewinneinkommen bleiben beitragsfrei. Zudem können sich ausgerechnet die wirtschaftlich leistungsfähigsten und im Regelfall auch gesündesten Bevölkerungsgruppen dem Solidarausgleich entziehen. Darüber hinaus krankt das deutsche Gesundheitswesen an seiner Zersplitterung. Krankenhäuser, ambulant tätige Ärzte und Zahnärzte, Pflegeeinrichtungen und andere Anbieter von Gesundheitsleistungen arbeiten nebeneinander her. Das hat negative Auswirkungen auf die Qualität und Wirtschaftlichkeit. Außerdem fehlt es in Deutschland an einer Präventionskultur. Das Gesundheitswesen hat nach wie vor eine akutmedizinische Schlagseite. Eine Ausnahme bildet hier der zahnmedizinische Bereich, in dem die Prävention zu einer bemerkenswerten Verbesserung der Mundgesundheit geführt hat.

Frage 2: Welche Konzepte, welche Lösungsansätze verfolgt Ihre Partei?

Claudia Roth: Bündnis 90/Die Grünen wollen eine Bürgerversicherung. Durch die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger und die Ausweitung der Beitragsbemessungsbasis auf alle Einkommensarten soll die Finanzierung der Krankenversicherung stabiler und sozial gerechter werden. Integrierte Versorgungsformen sollen von der Aus-



Claudia Roth
(Bündnis 90/Die Grünen)

Foto: Bündnis 90/Die Grünen

nahme zur Regel werden. Auf dem Weg dorthin ist eine Annäherung der Vergütungsregeln im stationären und im ambulanten vertragsärztlichen Bereich erforderlich. Außerdem befürworten wir die Einrichtung eines Innovationsfonds innerhalb der GKV, aus dem die Anschubfinanzierung für innovative Versorgungsformen erfolgen kann. Um die Präventionsförderung zu verbessern, halten wir ein Präventionsgesetz und die Einrichtung einer Bundesstiftung Prävention für erforderlich. In deren Rahmen

sollten übergreifende Präventionsziele vereinbart, Qualitätsstandards entwickelt und „Best-Practice“-Beispiele ausgewertet werden.

Frage 3: Wie kann vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung bei zunehmendem medizinischem Fortschritt Rationierung aufgrund von Geldmangel künftig verhindert werden?

Claudia Roth: Angesichts der seit vielen Jahren sinkenden Lohnquote und der zunehmenden Bedeutung von Vermögenseinkommen ist die Verbreiterung der Finanzierungsbasis der Krankenversicherung notwendig. Dies kann durch einen Ausbau der Steuerfinanzierung oder durch eine Ausweitung der Beitragsbemessungsgrundlage auf andere Einkommensarten erfolgen. Angesichts der Rekordverschuldung des Bundeshaushalts halten wir den Weg über die Beitragsfinanzierung für realistischer. Darüber hinaus wird sehr viel stärker die Frage gestellt werden müssen, ob eine Innovation tatsächlich ihr Geld wert ist. Kosten-Nutzen-Bewertungen für neue Arzneimittel und Therapien werden zur Regel werden müssen. Zulassungen sollten grundsätzlich nur noch befristet erteilt werden. Damit würde Platz für echte Innovationen geschaffen.



Frage 1: *Worin sehen Sie die Hauptprobleme des deutschen Gesundheitswesens?*

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger:

Seit dem 1. Januar 2009 besteht der Gesundheitsfonds mit einem einheitlichen Beitragssatz von 15,5 Prozent für jeden Versicherten. Dieser wird zentral eingenommen und dann an die Kassen weiterverteilt. Für die meisten Versicherten bedeutet dies eine Erhöhung des Beitragssatzes trotz der Tatsache, dass sie weniger davon haben. Zeitgleich ist die neue Gebührenverordnung der Ärzte in Kraft getreten. Danach gilt: Haus- und Fachärzte erhalten pro Patient und Quartal eine Pauschale, das sogenannte Regelleistungsvolumen.

Darüber hinaus gilt ein vorab festgelegter Budget-Rahmen für jede Praxis. Überschreitet die Menge der erbrachten medizinischen Leistungen den vorgegebenen Budget-Rahmen, gibt es gestaffelte Entgelte, die weit unter dem Wert der Leistung liegen. Ein Leistungsanreiz wird damit im Kern verhindert. Ein Ergebnis ist, dass zahlreiche Ärzte ihre Freiberuflichkeit gefährdet sehen. Gleichzeitig werden die Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen zusätzlich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft.

Einigen Krankenkassen geht durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit und durch Mehrkosten, die der Gesundheitsfonds nicht deckt, langsam das Geld aus. Die Folge: Viele Krankenkassen werden ihre Defizite nicht ausgleichen können. Einzelne Kassen befürchten eine Insolvenz.

Frage 2: *Welche Konzepte, welche Lösungsansätze verfolgt Ihre Partei?*

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Die FDP tritt für ein System ein, das für alle Beteiligten Transparenz und Verständlichkeit garantiert. Dazu braucht es die Eindämmung des Staatseinflusses. Das geht nur über bessere Rahmenbedingungen für einen funktionsfähigen Wett-



Foto: FDP-Bundestagsfraktion

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)

bewerb. Ein langfristiges Umsteuern soll die Krankenkassen in Unternehmen mit sozialer Verantwortung umwandeln. Dazu sollen sie als Erstes die Beitragsautonomie zurückerhalten. Ein manipulationsunanfälliger, vereinfachter Risikostrukturausgleich muss entwickelt werden. Ein klarer wettbewerbs- und kartellrechtlicher Rahmen, der Missbrauch marktbeherrschender Stellungen auf allen Seiten verhindert, muss gesetzt werden. Dazu gehört eine leistungsgerechte Gebührenordnung, die für Ärzte

und Patienten gleichermaßen transparent ist.

Bessere Qualität und bessere Leistung müssen dabei honoriert werden. Wir wollen die Kreativität der Beteiligten vor Ort und nicht starre Reglementierung von oben befördern.

Frage 3: *Wie kann vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung bei zunehmendem medizinischem Fortschritt Rationierung aufgrund von Geldmangel künftig verhindert werden?*

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Eine explizite Rationierung in dem Sinne, dass medizinisch notwendige und sinnvolle Leistungen vorenthalten werden, wird es mit der FDP nicht geben. Hinter dem technischen Begriff Rationierung verbirgt sich bei manchen Politikern zum Beispiel die unglaubliche Vorstellung, dass einem 75 Jahre alten Kassenpatienten ein künstliches Hüftgelenk verwehrt wird, nach dem Motto: Das lohne sich nicht mehr. Alte und Junge, Kranke und Gesunde dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das gelingt, wenn das Gesundheitswesen effizienter und transparenter organisiert wird.

Alleine die Einsparung der Mittel, die durch die überbordende Bürokratie des Gesundheitsfonds entstehen, setzt Spielräume frei. Ein wichtiges Element dazu ist die Einführung des Kostenerstattungsprinzips. Die FDP will mehr Transparenz, indem jeder Versicherte sieht, welche Kosten für seine Behandlung anfallen.

Ob die Freien Wähler (FW) zur Bundestagswahl 2009 mit eigenen Kandidaten antreten, stand bei Redaktionsschluss dieser BZB-Ausgabe noch nicht fest. Die Entscheidung soll laut der Geschäftsstelle in München Ende Juni fallen. Falls sich die Partei dafür entscheidet, bei der Bundestagswahl anzutreten, wird die Bayerische Landes Zahnärztekammer auch einem Vertreter dieser Partei die bereits bekannten drei Fragen zur Gesundheitspolitik stellen. Das Interview würde dann in der Septemberausgabe des Bayerischen Zahnärzteblatts – gut eine Woche vor der Wahl – erscheinen.

lin



* Im BZB 6/2009 kamen bereits Florian Pronold (SPD) und Dr. Peter Ramsauer (CSU) zu Wort.

